Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang | Donnerstag, 20. Januar 1921 | Nummer 32 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2845, 4516, 4603, 4535, 4619, 4623

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Briands Regierungserklärung

Lockrufe an die Arbeiterklasse — Herabsetzung der militärischen Dienstpflicht — Durchführung des Friedensvertrags — Keine Anerkennung der Sowjet-Regierung

Briand wird heute, Donnerstag, einer Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau zufolge, der Kammer und Bonnevay dem Senat folgende Regierungserklärung abgeben:

Er wird zunächst erklären, daß die Regierung beabsichtige, sich auf die große republikanische Mehrheit zu stützen und den konstitutionellen Gesetzen treu zu bleiben. Sie sei fest entschlossen, die Laiengesetze respektieren zu lassen. Das Parlament wird aufgefordert, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, **um der Arbeiterklasse gegenüber eine Politik des Zutrauens und des Zusammenarbeitens innerhalb des Rahmens der gesetzlichen Ordnung** zu führen und die Gesetze zu verwirklichen, die vom vorigen Kabinett eingereicht worden sind. Hierzu wird besonders das Gesetz über die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit erwähnt. Die Erklärung geht dann auf die finanzielle Frage über, die von der Schadenersatzfrage beherrscht wird und stellt fest, daß die Regierung an der Durchführung des Friedensvertrages festhalte, **ohne ihre Zuflucht zu Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu nehmen,** wenn Deutschland seinerseits bereit sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Das weitere Regierungsprogramm enthält dann die Betonung der Notwendigkeit, die Bündnisse hochzuhalten, die auf den Schlachtfeldern geschlossen wurden und geht auf diese Bündnispolitik ein. Bezüglich der Außenpolitik nach dem Osten, Frankreichs hin, wird besonders bemerkt, daß Frankreich an den erzielten und traditionellen Rechten festhalte. Rußland gegenüber wird die Regierung die Freiheit, Handel zu treiben bestätigen, **sie wird aber die Sowjet-Regierung nicht anerkennen,** bevor diese nicht Sicherheiten für das Respektieren der freien Meinung und für die Anerkennung der internationalen Verpflichtungen der früheren Regierung übernimmt.

Die Schadenersatzfrage

„Matin" glaubt zu wissen, wie Briand sich gegenüber dem Schadenersatz stellen wird. Die Reparationskommission scheint zu einer Gesamtschätzung von 400 Milliarden Franken gekommen zu sein, was einem Betrage von 1600 Milliarden Papiermark gleichkommen würde. Es wäre natürlich Unsinn einen solchen Betrag von Deutschland zu fordern. Der Betrag der jetzt genannt werden dürfte, wird ungefähr 85 Milliarden Goldmark sein und etwa 100 Milliarden Goldfranken entsprechen. Wenn Deutschland diese Zahlungen in 47 Annuitäten leistet, wird es mit Zinsen insgesamt etwa 260 Milliarden zu zahlen haben.

Der „Matin" erklärt dann nach neueren Meldungen weiter: Bergmann scheint ausweichende Antworten auf die Frageliste, welche ihm von der Brüsseler Konferenz übergeben wurde, mitgebracht zu haben. Die französischen Vertreter haben eine teilweise Zahlung der deutschen Schulden in Naturalien gestattet und fordern außerdem eine Zahlung von drei Milliarden Goldmark auf fünf Jahre. Man hat den Eindruck, daß Bergmann versucht zu handeln, und einen niedrigeren bestimmten Betrag festgesetzt sehen will. Ferner glaubt man bestimmt, daß im Zusammenhang mit den allgemeinen Protesten Stinnes nicht nach Brüssel kommt.

Die deutschen Leistungen

Nach einer Havasmeldung sind der Reparationskommission bis zum 31. 12 von Deutschland insgesamt geliefert worden: 2054729 Brutto-Registertonnen Schiffe, davon 2019655 Tonnen Dampfer, 9750 Tonnen Schlepper und 25329 Tonnen Segler. Deutschland hat noch etwa 500000 Tonnen Schiffsraum zu liefern.

Von dem abgelieferten Schiffsraum sind bisher 1814173 Tonnen folgendermaßen verteilt worden: An England 1477939, an Frankreich 166924, an Italien 124901, an Japan 28678 und an Belgien 15831 Tonnen. Der Dampfer „Tirpitz" mit 20000 Tonnen ist eben fertiggestellt und wird im Laufe des Januar abgeliefert.

Der italienische Parteitag

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit")

Livorno, 19. Januar.

Gestern und heute wurde die Aussprache fortgesetzt. Heute sprachen Bordiga, Serrati, Turati und Bombacci. Serrati polemisiert gegen den Opportunismus Moskaus, insbesondere hinsichtlich der französischen Kommunisten. Er zitiert aus den Reden Frossards, die dieser in Orleans, Paris und Tours gehalten hat und ersucht die Parteijugend, mehr Vertrauen in die Vergangenheit erprobter Genossen zu setzen. Er fordert zur Parteieinheit auf und erklärt, den Grundsätzen der Dritten Internationale treuzubleiben.

Turatis Referat wurde sehr aufmerksam angehört. Er gibt einen geschichtlichen Rückblick der italienischen Partei, verteidigt die Resolutionen von Reggio Emilia und warnt vor der Illusion, die soziale Revolution an einem Tag machen zu können. Die soziale Revolution könne nur das Werk eines langjährigen Kampfes sein.

Morgen findet die Abstimmung statt. Die Einigung zwischen Serrati und Bombacci ist unwahrscheinlich.

Die Schweiz gegen die Moskauer Internationale

TU. Zürich, 20. Januar.

Die Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz über den Beitritt zur 3. Internationale ergab bei sehr geringer Beteiligung 10303 Stimmen gegen und 3503 Stimmen für den Anschluß.

Der Ausgang der Schweizer Urabstimmung bestätigt unsere Voraussagung, daß die große Mehrheit der schweizerischen Partei dem Votum des Parteitages zustimmen würde, der bekanntlich den Anschluß an die Moskauer Internationale abgelehnt hat. Interessant wird nun die Stellungnahme der kommunistischen Minderheit sein, die erklärt hat, vor der Gründung einer eigenen Partei den Ausgang der Urabstimmung abwarten zu wollen. Dieser Beschluß erklärte sich aus der Hoffnung, daß die Massen ein anderes Urteil als der Parteitag fällen würden. Die Urabstimmung hat gezeigt, daß diese Hoffnung trügerisch war und daß die große Mehrheit der Parteigenossen nicht daran denkt, den Lockungen der kommunistischen Rattenfänger Folge zu leisten.

Die Urabstimmung hat ferner gezeigt, daß das Interesse für die Frage der Internationale in den Arbeitermassen außerordentlich abgeflaut ist. Die kommunistischen Phrasenhelden und Spaltungsfanatiker haben es glücklich soweit gebracht, daß die proletarischen Massen dem Problem der Internationale immer weniger Beachtung schenken, da sie in seiner Erörterung nicht nur keinen Gewinn, sondern eine Schwächung ihrer Aktionskraft erblicken. Der lachende Dritte ist auch hier die Reaktion.

Zentral-Amerika

Paris, 19. Januar.

Laut einer Havasmeldung aus Costarica ist in San José gestern das Abkommen über den Zentralamerikanischen Bund durch die Bevollmächtigten von Costarica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und San Salvador unterzeichnet worden.

Verhängnisvoller Märchenvortrag

Fünf Kinder tot, zahlreiche verletzt

T. U. Breslau, 20. Januar.

Am gestrigen Mittwoch sollte in den Räumen der Kletschkau-Schule ein vom „Jugendkampf" für die Schulen des Odertors veranstalteter Märchenvortrag mit Erläuterungen von Lichtbildern stattfinden. Der Beginn war auf 4 Uhr festgesetzt, aber schon um 2 Uhr sammelten sich dort gegen 1500 Kinder an, um die besten Plätze zu erhaschen. Der Vortrag sollte in einem Kellerraum stattfinden, der nur 150 Kinder fassen kann und zu dem eine kleine Treppe von 1½ Meter Breite hinabführt. Man kann sich vorstellen, welches Gedränge dort begann, als die Uebermenge von Kindern in den Keller hinabwollte. Von den Veranstaltern war niemand anwesend. Das traurige Ergebnis war unausbleiblich. Die Kinder auf der Treppe und in dem engen Vorraum wurden zusammengepreßt, viele brachen ohnmächtig zusammen und einzelne erstickten durch die in dem Gedränge entstandene Hitze und schlechte Luft. Als schließlich jemand von der Leitung erschien, wurde sofort die Feuerwehr gerufen, die dem Gedränge Einhalt gebot und die Kranken und Toten herausholte. Zwölf Kinder wurden von ihr in das Allerheiligen-Hospital geschafft, von denen fünf aber bereits verstorben waren. Siebzehn wurden in das St. George-Krankenhaus gebracht. Von diesen sind vierzehn inzwischen durch die Eltern abgeholt worden, während drei noch im Krankenhaus verblieben. Die Namen der Kinder sind noch nicht festgestellt.

Es ist kaum glaublich, daß die Veranstalter der Märchenvorlesung die Kinder sich völlig selbst überlassen haben sollen. Trifft dies tatsächlich zu, dann sind diejenigen, die dafür verantwortlich sind, ungesäumt zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser bodenlose Leichtsinn, der fünf Kindern das Leben gekostet hat, kann nicht ungesühnt bleiben. Hier liegt fahrlässige Tötung vor.

Amtsenthebungen im besetzten Gebiet. Der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Friedrich in Frankenthal (Pfalz), wurde von der Regierung seines Amtes enthoben, weil bei seiner Wahl gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen worden sei. Der dritte Bürgermeister der Stadt wurde aus dem gleichen Grunde seines Amtes enthoben.

Die Arbeiterpartei und Irland

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

K. London, Anfang Januar.

Die außerordentliche Konferenz der Arbeiterpartei zur Feststellung ihrer Politik in der irischen Frage, war eine eindrucksvolle Kundgebung. Der Bericht der Kommission ist maßvoll und vorsichtig, vermeidet absichtlich jede Uebertreibung und enthält kein Wort und keine Behauptung, die nicht dokumentarisch begründet sind. Aber gerade darum wird er allgemein als die schwerste Anklage gegen die Regierung betrachtet. Ebenso bemerkenswert ist die Einmütigkeit, mit der sich der Kongreß auf den Boden des vollen Selbstbestimmungsrechtes für Irland — also auch des der Loslösung von England — gestellt hat. Doch soll nicht geleugnet werden, daß die Konferenz den Eindruck der Zurückhaltung machte. Wie viel mehr Enthusiasmus und Kampflust herrschten bei der außerordentlichen Konferenz im Sommer 1920, die anläßlich des drohenden Krieges mit Rußland einberufen wurde, und wie relativ ruhig und gemessen war im Vergleich mit ihr die letzte Konferenz! Es wird dies zum Teil damit erklärt, daß die „Plattform" die Redezeit des Kongresses übermäßig ausfüllte — es waren sechs Referenten und drei Begründungsaussprachen — so daß der „Saal" nicht zu Worte kommen konnte. Es will uns jedoch scheinen, daß die etwas resignierte Stimmung tiefere Ursachen hat.

Gewiß wird die englische Arbeiterschaft von dem Krieg gegen die russische Arbeiterrepublik tiefer berührt und bewegt, wie von dem Krieg gegen Irland. Es ist dies nur ein Beweis dafür, welche festen Wurzeln der Gedanke der internationalen Solidarität aller Arbeitenden im Herzen des britischen Proletariats schlug. Eben darum wäre es ungerecht, seine tiefgehenden, ehrlichen Sympathien für die Leiden Irlands geringer einzuschätzen. Zu alt sind die Ueberlieferungen der konstitutionellen Freiheit und persönlichen Unverletzlichkeit, zu groß die Achtung vor der nationalen Individualität bei den englischen Volksmassen; die Schreckensherrschaft und Politik der Brandstiftungen, Plünderungen und Hinrichtungen ohne Gericht, derer die Arbeiterkommission die „Wehrmacht der Krone", die Organe der britischen Regierung in Irland anklagt, rufen bei der englischen Arbeiterschaft die tiefste Empörung, ein Gefühl des Entsetzens und der Scham hervor und sie ist fest entschlossen, diesen Verbrechen ein Ende zu machen. Aber, wie mir einer der feinfühligsten Vertreter des englischen Sozialismus jüngst gestanden, der Krieg hat die Empfindlichkeit abgestumpft. Man hat sich an unsagbare Schrecken und Massenverbrechen gewöhnt. Schließlich, die Sinnfeiner betonen selber mit Nachdruck, daß sie sich im Kriegszustande mit England befinden. Nun, so stellt sich auch die Kriegsgleichgültigkeit gegenüber menschlichen Leiden ein. Macpartland, der stellvertretende Vorsitzende der irischen Arbeiterpartei, erklärte dem Kongreß in recht gemütlichem Tone: „Oh, ich kenne Sie, Sie sind entweder zu unwissend oder verflucht beschränkt. Man braucht einen sehr schweren Hammer, um Ihnen die Dinge in den Kopf zu schlagen." Und die Delegierten zollten Beifall unter stürmischer Heiterkeit.

Und noch einen psychologischen Hintergrund gibt es unseres Erachtens, für die, sozusagen leidenschaftslose Entschlossenheit, mit der die englische Arbeiterschaft in den Kampf für Irlands Unabhängigkeit eintritt. Es ist sicherlich kein Lippenbekenntnis bei der Arbeiterpartei. Sie hat sich mühselig zum Standpunkt durchgerungen, daß das irische Volk ein Recht auf seine selbständige Republik hat, falls es seinen Willen durch eine demokratisch erwählte konstituierende Versammlung kundgibt. Aber sie meint es ernst mit ihrer Stellung. „Sie müssen wissen", erklärte Johnson, der Führer der irischen Arbeiterschaft, „daß Sie Irland nur mit Gewalt, mit bewaffneter Macht halten können. Wollen Sie es?" Und einstimmig gaben ihm tausend Delegierte zur Antwort: „Nein!" Doch schlummert und rührt sich in einer fernen Seelenecke ein Gefühl des Bedauerns. Nicht leichten Herzens sieht das arbeitende England die Schwesternation jenseits des Wassers aus dem Reichsverbande scheiden. „Wir wollen ein unabhängiges Irland", erklärte mit unzweideutiger Festigkeit Johnson, und der Kongreß applaudierte zustimmend, als er daraufhin von der internationalen Gemeinsamkeit sprach, die beide Länder verbinden wird, von dem geschlossenen Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus. Doch hatte ich das Gefühl, wie würde der Kongreß von einem Sturm der Begeisterung erzittern, welche Ovation dem Sprecher bereiten, wenn Johnson gesagt hätte, daß das unabhängige Irland dann freiwillig eine föderative Verbindung mit England eingehen würde!

Ein Jahrhundert gemeinsamer Kämpfe gegen Großgrundherren und Kapitalisten, Gemeinsamkeit der Sprache und Kultur, vielfache Verbindungen auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete schufen ein starkes Band zwischen dem englischen Proletariat und den Arbeitern und landhungrigen Pächtern von Irland. Es kann der britischen Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, wenn sie feststellen muß, daß die englische Demokratie auf Irland eine geringere Anziehungskraft ausübt, als die französische und russische Revolution auf ihre „Randvölker" auszuüben vermochten.

Der Abstimmungskampf

Ueberflüssige Putschmeldungen aus Oberschlesien — Nationalistische Verhetzung auf beiden Seiten

Aus Oberschlesien wird uns vom 18. Januar geschrieben:

Alle Nachrichten der Sensationspresse über Putschabsichten in Oberschlesien sind skrupellose Uebertreibungen, die nur dazu angetan sind, die Situation in Oberschlesien noch zu verschärfen. Auf deutscher wie auf polnischer Seite wird im Abstimmungskampfe dem Gegner immer wieder der Vorwurf gemacht, daß er Streik- und Putschabsichten habe. Das ist um so erklärlicher, als Waffen in großem Umfange im Lande vorhanden sind und die Abstimmungspartei von der Gegenseite bewaffnete Maßnahmen befürchtet. Wenn diese Nervosität also auch für die oberschlesischen Verhältnisse zu begreifen ist, so sollte man doch im Reiche, wo man Gelegenheit hat, die Dinge ruhiger und nüchterner zu sehen, nicht auch noch durch unnötige Putschmeldungen die kritische Lage verschärfen. Sie ist hier wahrlich gespannt genug und braucht nicht künstlich noch verschärft zu werden. Es hagelt auf beiden Seiten Dummheiten und Fehler, die immer von neuem zur Verhetzung der Bevölkerung beitragen.

Korfanty erläßt dieser Tage in der „Grenzzeitung" eine „Warnung an die dunklen Ehrenmänner"; er meint damit die Leiter und Mitarbeiter der deutschen Propaganda und benennt sie ausdrücklich „Verleumder und Ehrabschneider", wie die Verleger, Mitarbeiter und Verbreiter des „Pierons" (eines deutschen Witzblattes). Er droht ihnen, daß, wenn Oberschlesien erst polnisch sein werde, sie rücksichtslos zur Verantwortung gezogen würden, und fährt wörtlich fort: „Wir haben Geduld und können warten. Einstweilen lasse ich Listen all dieser dunklen Ehrenmänner anlegen und die Zeugenaussagen sammeln. Die Vergehen verjähren ja nicht und nach der Abstimmung werden die Schuldigen der verdienten Strafe nicht entgehen." Das sind so unverhüllte Drohungen, daß eigentlich die Ententekommission Ursache zum Eingreifen hätte. Jedenfalls dienen sie lediglich zur Verschärfung des Abstimmungskampfes. Auf der anderen Seite scheint die deutschnationale Presse in dem Wahn zu leben, daß sie mit ihren wenigen Lesern irgend welchen Einfluß auf die Abstimmung ausüben könne und mit der bei ihr bekannten Geschicklichkeit versucht sie das mit alldeutscher Verhetzung und Revanchedrohungen. Sie benutzt den 18. Januar zu Beschimpfungen und Beschuldigungen der Interalliierten Kommission, droht, daß nach einem Jena ein Sedan folgen würde und schließt ihren vor Revanchehetze strotzenden Artikel mit den Worten: „Am Tage des Plebiszits in Oberschlesien soll beginnen die Zeit der deutschen Erneuerung. Dieser Tag soll sein der Wendepunkt des Aufstiegs von der Nacht zum Licht." Sollte dieser Artikel der Auftakt einer neuen nationalistischen Propaganda sein, so kann nicht ernsthaft genug noch in letzter Stunde vor deutschen Torheiten gewarnt werden. Die Arbeiterschaft Oberschlesiens weiß sehr wohl, was ihr sozialistisches Interesse erfordert, sie will mit der nationalistischen Propaganda nichts zu tun haben!

Die übliche Vertröstung

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft läßt mitteilen, daß die Behauptungen von einer demnächst erfolgenden Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Gerste und Hafer der Ernte 1920 jeder Grundlage entbehrten. Richtig sei nur, daß zur Zeit Besprechungen für die Neuregelung der Getreidepreise der kommenden Ernte stattfänden. Im laufenden Wirtschaftsjahr sei eine Erhöhung der Getreidepreise ausgeschlossen.

Man wird sich erinnern, daß noch jedesmal, wenn eine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel bevorstand, Beruhigungsnotizen von dieser Art ausgegeben worden sind. Daß die Agrarier keine höheren Preise für das Getreide der diesjährigen Ernte bekommen sollen, mag schon zutreffen. Einmal sind ihnen durch die Freigabe des Fleisches und anderer Erzeugnisse des Landes Liebesgaben in so großer Fülle zugeflossen, daß sie gern auf eine Erhöhung der Preise des diesjährigen Getreides verzichten können. Zum anderen Male wissen sie, daß für die kommende Ernte alles gutgemacht werden soll, was bis jetzt bei der Auswucherung der verbrauchenden Bevölkerung etwa noch versäumt worden ist.

Für die minderbemittelte Bevölkerung ist es im übrigen ein sehr magerer Trost, daß nur die Getreidepreise aus der diesjährigen Ernte nicht mehr erhöht werden sollen. Selbst wenn dieses Versprechen innegehalten wird, so stehen wir doch schon im letzten Teil des laufenden Wirtschaftsjahres. Was dahinter kommen soll, darüber schweigt sich das Ministerium in dieser Mitteilung aus begreiflichen Gründen sorgfältig aus.

Dunkles Treiben der Agrarier

Den Agrariern ist die Organisation und das allmähliche Erwachen der Landarbeiter ein Dorn im Auge. Deshalb bereiten sie alles vor, um diese Bewegung zu zerschlagen. Man mag nur einmal Notiz von dem nachstehenden streng vertraulichen Schreiben nehmen:

Borna, den 28. Dezember 1920.

Land- und forstwirtschaftlicher Verband.
Rundschreiben Nr. 36.

Eilt sehr! Streng vertraulich!

An die Herren Vertrauensmänner und die größeren Güter des Bezirkes.

Der Verband Sächsischer Landwirte schreibt uns:

Wir bitten umgehend um Uebersendung der Namen und Adressen der Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen auf den mittleren und größeren Gütern. Es ist dringend erforderlich, daß wir in den allernächsten Tagen in den Besitz der Angaben gelangen.

Verband Sächsischer Landwirte.
Ausschuß für Arbeiterinteressen.

Die gleichen Unterlagen brauchen wir ebenso notwendig für die Bezirksorganisation mit der weiteren Ausdehnung, daß wir diese auch von den Vertrauensleuten der Dörfer gebrauchen. Wir geben nachstehend einen Vordruck mit der Bitte, genaue Ausfüllung und umgehende Rücksendung derselben an unsere Adresse nach hier.

Mit deutschem Gruß!

Land- und forstwirtschaftlicher Verband, f. d. Bez. d. A.-H. Borna, Landbund e. V., der Vorsitzende: gez. Papenstecher, die Geschäftsführung: gez. Frenzel.

Hinter diesen Plänen steckt wohl nichts anderes als die Vorbereitung einer umfassenden Aktion gegen die Landarbeiterorganisation. Durch Bespitzelung und Terrorisierung der Vertrauensleute der Arbeiter soll der proletarischen Bewegung auf dem flachen Lande das Genick gebrochen werden. Die Genossen auf dem Lande müssen sich dieses heimtückische Treiben der agrarischen Verbände merken, um durch entsprechende Gegenmaßnahmen deren Pläne zu vereiteln.

Zweierlei Maß

Die Polizei hat wiederholt erklärt, daß die Bannmeile um den Reichstag unbedingt beachtet werden müßte. Jedem Versuch, sie zu brechen, würde mit Gewalt begegnet werden. Bei der Demonstration am letzten Sonnabend ist nun tatsächlich auf einen kleinen Trupp Arbeiter, der die Linden entlang zog, scharf geschossen worden. Mehrere Schwerverletzte wälzten sich auf dem Boden. Einen Tag später — am Sonntag — trug sich nun, nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung", innerhalb der Bannmeile folgendes zu:

„Die zehn Berliner Landsmannschaften der deutschen Landsmannschaft veranstalteten gemeinsam am Sonntag zur Feier der 50. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung nach alter studentischer Sitte einen Lindenbummel. **Der Zug bewegte sich vom Brandenburger Tor bis zur Universität und zurück zum Pschorrbräu in der Friedrichstraße, wo in vorgesehener Weise in einem Frühschoppen sein Ende fand.** — Uebrigens erschien kurz vor dem Pschorrbräu ein Offizier der Sicherheitswehr, um den Zug aufzulösen. **Der Zug war jedoch schon an seinem Ziele angelangt.**"

Als im Herbst 1919 der Belagerungszustand herrschte, hatte Noske den Befehl erlassen, jede Demonstration oder den Versuch dazu mit Waffengewalt zu verhindern. Die deutschnationalen Radauhelden veranstalteten trotzdem schwarz-weiß-rote Umzüge, ließen die Herrwürger Hindenburg und Ludendorff hochleben, beschimpften die Republik. Und keine Flinte ging los. Im Jahre 1921 sind wir gerade noch so weit. Betreten Arbeiterzüge die Bannmeile, wird ohne Warnung auf sie gefeuert. Radaustudenten können die Linden entlang strömen, ohne daß sie von irgendeiner Seite gestört werden. Zweierlei Maß in der preußisch-deutschen Republik, dem freiesten Lande der Welt!

Die unpolitische Orgesch als — politische Partei

Das „Leipziger Tageblatt" weiß von informierter Seite zu berichten, daß eine Aenderung innerhalb der Organisation der „Orgesch" geplant sei. Es sei beabsichtigt, sie in Sachsen als „politische Partei" auftreten zu lassen. Zu ihrem Programm soll die „Förderung des Wiederaufbaues und die Besserung der kommerziellen, wirtschaftlichen und industriellen Lage" gehören. Ueber die Tendenz dieser „politischen Orgesch" berichtet das Blatt, daß sie sich auf den „Boden der Verfassung stellen" und einen Ausgleich zwischen den zurzeit bestehenden politischen Extremen zu schaffen suchen werde. Zur Gewinnung von Geldmitteln seien bereits umfangreiche Vorarbeiten eingeleitet. Ob diese Umstellung der „Orgesch", heißt es zum Schluß der Meldung des Leipziger Blattes, „auch für andere Staaten des Deutschen Reiches erfolgen wird, steht noch nicht fest".

Diese geplante Aenderung ist natürlich nur der Versuch einer Umgehung der Bestimmungen, nach der in Sachsen und in Preußen die Orgesch-Organisationen verboten sind. Sie ändert aber nichts an dem Wesen und dem Charakter dieser umstürzlerischen Organisation. Das Verbot muß deshalb bestehen bleiben.

Ein Millionengeschenk

Im Bayerischen Landtag sind im tat 5,2 Millionen Mark eingesetzt für Entschädigungenn an Unternehmer, die durch die Räterepublik wirtschaftlichen Schaden erlitten haben. Genosse Gareis verlangte, daß die angeblich Geschädigten den Nachweis der Bedürftigkeit zu führen haben, bevor ihnen eine Entschädigung ausbezahlt würde. Außerdem verlangte Gareis, daß die Revolutionäre, bei denen durch die Reichswehr nach der „Eroberung" von München Haussuchungen gehalten wurde, wobei Möbel zerschlagen, Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen wurden, eine entsprenchende Entschädigung erhalten, zumal es sich hier um durchweg Bedürftige handelt. Beide Anträge wurden abgelehnt. Unsere Fraktion stimmten gegen das Millionengeschenk an die Münchener Kapitalisten. Die Rechtssozialisten aber handelten nach dem Sprichwort: kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Sie stimmten dafür!

Entlarvt. Der Alldeutsche Verband entfaltet eine lebhafte Propaganda für die „Deutsche Zeitung". In einem Rundschreiben hebt er als besonderen Vorzug die Enthüllungen hervor, die das Blatt in letzter Zeit gebracht habe. Es heißt „Die „Deutsche Zeitung" hat den Vorzug, in solchen Dingen stets gut unterrichtet zu sein. Ihre Enthüllungen, namentlich in letzter Zeit, erregten allgemeines Aufsehen!" Es stimmt! Die „Deutsche Zeitung" hat viele „Enthüllungen" gebracht, die allerdings den Vorzug hatten, nicht wahr zu sein, obwohl oder gerade weil sie zumeist aus gut unterrichteter Quelle stammten. Nämlich von den Spitzeloffizieren der Reichswehr!

Auflösung des lippischen Landtages. Der lippische Landtag ist gestern aufgelöst worden. Die sozialistisch-demokratische Mehrheit hat sich einstimmig für Neuwahlen erklärt, um den nach den Reichstagswahlen zutage tretenden Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Neuwahlen werden Sonntag, den 23. Januar, stattfinden.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) hat betragen: Im Monat Dezember 1920: 8 236 267 Tonnen, arbeitstägliche Förderung 326 189 Tonnen; im Monat November 1920: 8 031 711 Tonnen, arbeitstägliche Förderung 331 205 Tonnen; im Monat Dezember 1913: 9 191 858 Tonnen, arbeitstägliche Förderung 377 279 Tonnen. Im Jahre 1920 stellte sich die Gesamtförderung des Ruhrgebiets auf 88,25 Millionen Tonnen gegen 70,95 Millionen Tonnen im Jahre 1919 und 114,55 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich. Nach einer amtlichen Meldung sollen am ersten April die Wasserstraßen auf das Reich übernommen werden. Besondere Staatsverträge zwischen dem Reich und den Ländern sollen diese Materie im einzelnen regeln. Die zentralistische Zusammenfassung des gesamten Verkehrswesens für den Ferntransport in die Hände des Reichs bedeutet sicherlich einen Fortschritt. Nur muß verhütet werden, daß sie zu einem Ausbeutungsobjekt zu fiskalischen Zwecken gemacht werden.

Zur Wohnungsfrage

Von **Benno Maaß**

Der Krieg hat Herrn Stefan Prager, Regierungsbaurat in Merseburg, zweimal in englische Gefangenschaft gebracht, wo er Muße und Gelegenheit fand, die Wohnungsfrage in England zu studieren. Er hat das Resultat seiner Arbeit in einer Studie niedergelegt. Sie heißt „Behebung der Wohnungsnot in England" und ist mit 100 Textabbildungen im Verlag von Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin, erschienen. (Preis 18 M.) Auf 143 Seiten versucht Prager die behördliche Arbeit gegen die Wohnungsnot an einer Unzahl von Verordnungen plastisch darzustellen. Wir finden hier das Wohnungs- und Städtebaugesetz von 1919 mit Ergänzungen, vorläufige Behebung der Wohnungsnot durch Baracken, Fachwerkbauten und Umbau von Einfamilienhäusern zu Mietwohnungen, öffentliche und private Vorschläge zur Besserung der Wohnungsverhältnisse, Städtebau und Wohnungsausstellungen, Propaganda für Wohnungsbau, Schuldverschreibungen, Vorschläge für Hochbauten an Stelle von Flachbauten. Hier finden wir auch eine höchst anregende „Beisteuer der Tageszeitungen und Zeitschriften zur Lösung der Wohnungsfragen", die uns wieder einmal anschaulich zeigt, wie viel ernster die englische Presse ihre Pflichten nimmt als die deutsche. Die „Times" hat eine Sonderausgabe (Housing Supplement) herausgegeben, die sich ausführlich mit Hausbauten und Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot beschäftigt. „Daily Expreß" und „Sunday Expreß" veranstalteten Ende Mai 1919 in London eine Modell-Entwurfsausstellung, an von ihnen in einem Wettbewerb preisgekrönten Arbeiten für Kleinwohnungsbauten. — „Daily News" gab 1919 eine kleine Anleitung mit Hausentwürfen heraus. — Dann brachte das Jahrbuch des „Studio" Entwürfe von Landhäuschen und Kleinwohnungen, wobei auch das Hausbad besprochen wird. Wir lesen hier: „Grundsätzlich ist kein Zweifel, daß jede noch so kleine Wohnung ihr eigenes Bad haben sollte. Aber vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit aus betrachtet, bedeutet das Kleinhausbad nicht nur eine erste Anschaffungsausgabe, sondern auch eine ständige Ausgabe für Brennstoffe. Alle, die ländliche Kleinwohnungen besucht und Landbevölkerung beobachtet haben, wissen, daß in manchen Fällen das Bad nie benutzt wird und gelegentlich zu ganz anderen untergeordneten Zwecken dient (z. B. zur Aufbewahrung von Kohlen oder Kartoffeln). Der große Vorteil, der durch Beschaffung eines Bades in jedem Häuschen erreicht wird, kann nicht geleugnet werden, und wenn überall darauf bestanden würde, könnte die Berechtigung der Forderung nicht bezweifelt werden. Die Lebenshaltung scheint in Großbritannien diesen Zustand noch nicht erreicht zu haben."

Prager berichtet ausdrücklich über die zum Teil künstlich hochgetriebenen Preise der Baustoffe und zeigt als Beispiel folgende Steigerungen: Holz um 200 Proz., Ziegelsteine um 125 Prozent, Eisen um 150 Prozent, Zement um 115 Prozent, Kies und Sand um 200 Prozent, Ziegel- und Schieferdeckungen um 170 Prozent, Malerarbeiten mindestens um 200 Prozent. Die englische Regierung meint, daß etwa um 1927 wieder gebaut werden kann und die Preise dann etwa ⅓ der heutigen betragen dürften.

In Deutschland sind die vorgenannten Materialien um 400 bis 1000 Prozent gegen den Friedensstand in die Höhe getrieben worden.

Interessant ist, was Prager über die Ziegelfabrikation sagt: Durchschnittlich wurden in den Jahren 1911-12-13 2,8 Milliarden Ziegel hergestellt, die während des Krieges auf eine halbe Milliarde zurückging, 1917 aber schon wieder eine Milliarde erreichte! Bei 200 000 Häusern im Jahr werden schätzungsweise 5 Milliarden Ziegel gebraucht. 1919 wurden 2 Milliarden hergestellt und 1920 hofft man wieder bei 5 Milliarden angelangt zu sein. — Von Deutschland wissen wir, daß während des Krieges zirka 11 000 Ziegeleien stillgelegt wurden, jetzt etwa 1200 im Betrieb sind, wir wissen aber auch, daß tausende von Ziegeleien abgebrochen und die Maschinen, Oefen usw. ins „feindliche" Ausland verschoben wurden. In den Jahren 1911-12-13 wurden in England 3 Millionen Tonnen Zement hergestellt, 716 000 Tonnen wurden ausgeführt, 1919 konnten schon wieder 2 200 000 Tonnen erzielt werden. Deutsche Zahlen über Zementfabrikation sind nicht veröffentlicht worden. — Prager berichtet, daß auch für Dachziegel, Schiefer, Kleineisen und Oelfarbe die gleiche Sorge bestand wie für Ziegel und Zement, besonders bedenklich lag die Holzfrage. Es erfolgten große Ankäufe in Holz in Kanada, am Weißen Meer und im Baltikum.

„Die Bearbeitung der Baustoffversorgung erfolgt durch eine besondere Abteilung des Ministeriums für Kriegsbedarf, die in Ergänzung der schon vorhandenen eigenen Bestände, Einrichtungsgegenstände und Baustoffe — Ziegel, Dachziegel, Schiefer, Zement, Glas, Entwässerungsrohre, Waschkessel, Aborteinrichtungen, Eisenwaren usw. — in großen Mengen aufgekauft hat und sie an die Ortsbehörden abgibt. Seit Juli 1919 ist jedem Wohnungskommissar ein besonderer Beamter (Production Officer) zugeteilt worden, der im Bezirk die Besorgung von Baustoffen und Arbeitskräften, sowie die Erleichterung des Verkehrs bearbeitet. Er wird durch beratende Ausschüsse, die aus örtlichen Sachverständigen zusammengesetzt werden, unterstützt." Wir beschränken uns auf den Abdruck wichtiger Stellen des Pragerschen Buches, halten aber eine Lektüre für alle Interessenten geboten.

* * *

Pragers Studie hätte zu einer ganz hervorragenden Publikation werden können, wenn es ihm möglich gewesen wäre, in der englischen Gefangenschaft seinen bureaukratisch umzäunten Gesichtskreis zu weiten und seine privatkapitalistische Denkweise umzustellen. Wie so viele betrachtet er die Wohnungsnot nur als eine Begleit- und Folgeerscheinung des Krieges. Die Wohnungsfrage ist aber von jeher die Sorge der Industriestaaten gewesen und dies in ganz besonderem Umfange in England. So erschien bereits im Jahre 1851 das erste englische Wohnungsgesetz. Unvollkommen, tastend und kapitalistisch tendierend, war es doch immerhin ein Anfang und in seiner relativen Energie ist es bis zum heutigen Tage noch von keinem anderen Wohnungsgesetze erreicht, geschweige denn überholt worden. Ergänzungen und Abänderungen erfuhr es in den Jahren 1868 und 1882. Für deutsche Ohren grausig dürfte die Bestimmung sein, daß ganze Quartiere, die mit baufälligen und ungesunden Häusern bedeckt sind, expropriiert und abgerissen werden können. Prager hätte nicht unterlassen dürfen zu sagen, daß Lloyd George sich nicht gefürchtet hat, die einschneidendsten Maßnahmen mitten im Kriege rücksichtslos zur Anwendung zu bringen. Als im Jahre 1916 die Engländer bei St. Quentin geschlagen wurden, schrieb ein deutsches Hausbesitzerblatt: „Das ist der Sieg der deutschen Mietskasernen über das englische Einfamilienhaus."

Deutschland kennt die Wohnungsnot schon sehr lange. Ich verweise auf die Schriften von C. W. Hoffmann: Die Wohnungen der Arbeiter und die Armen. (Berlin 1852.) Huber: Die Wohnungsnot der kleinen Leute in den großen Städten (Leipzig 1857). Engel Die moderne Wohnungsnot (Leipzig 1873). Vor allem sei genannt Schmollers „Mahnruf in der Wohnungsfrage" (Leipzig 1887) enthalten in des gleichen Verfassers „Sozial- und Gewerbepolitik der Gegenwart" (1890). Schon nach dem Kriege 1870—71 gab es in Berlin wegen der Wohnungsnot blutige Straßenkrawalle. Die heimgekehrten Krieger fanden damals ihre Familien auf Straßen und Plätzen „angesiedelt". Mit dem „Dank des Vaterlandes" ist es inzwischen noch schlimmer geworden.

Natürlich muß alles zur Linderung der Wohnungsnot geschehen. Wir denken immer an den Tisch mit den 4 Stühlen. Da kommen noch zwei Freunde hinzu, wir rücken zusammen und es geht auch noch ganz gut. So ist es mit dem Wohnraum. **Wir müssen zusammenrücken!** Wer viel Raum hat, muß abgeben.

Wirtschaftskrise und Arbeiternot

Stellungnahme der Betriebsfunktionäre zu den Differenzen in Groß-Berlin

Auf Veranlassung der Berliner Gewerkschaftskommission, des Ortskartells der Afa und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale traten am Mittwoch die Betriebsobleute, die Vorsitzenden der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin und die Mitglieder der einberufenen Körperschaften zusammen, um zu den schwebenden Arbeitsdifferenzen in Groß-Berlin, besonders zu den Streikfällen der Firma Loewe und den Neuköllner Notstandsarbeiten, Stellung zu nehmen.

Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Vollmershaus wurde auf Antrag der Kommunisten der Betriebsrat Riedel (K. P. D.) als Korreferent zugelassen. Den Bericht gab der Genosse Emil Barth von der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Genosse **Barth** führte aus: Die Arbeitslosen- und Kurzarbeiternot gebietet, daß sich nicht nur die Betriebsräte, sondern das gesamte Proletariat mit dieser Frage beschäftigt und Wege sucht, wie die **fürchterliche Not** von der Arbeiterklasse abzuwenden ist. **Dem ungesunden Elend**, dem hunderttausende Proletarierkinder in Deutschland ausgesetzt sind, **muß ein Ende gemacht werden.** Als erster Schritt ist dafür zu sorgen, daß in großzügiger Weise **die Schulspeisung der Kinder der Mittellosen** erfolgt. Wir wissen, daß dem Elend damit nicht gesteuert ist, wenn wir diese und ähnlich lautende Forderungen verwirklichen. Wir müssen in absehbarer Zeit, wenn das deutsche Proletariat nicht völlig verelenden soll, **zur Verwirklichung des Sozialismus kommen. Nur der Sozialismus kann das deutsche Volk retten.** Dazu ist notwendig, daß die Werbekraft des sozialistischen Gedankens neu belebt wird. Das kann nur geschehen, wenn das deutsche Proletariat mit den großen Sozialisierungsfragen vertraut gemacht wird. In ausführlicher Weise schilderte dann Genosse Barth die **Sozialisierung des Bergbaus** als erste Notwendigkeit. Aber auch die **Sozialisierung des Außenhandels** könne und müsse erfolgen. Erst wenn diese Stufen durchgangen sind, werden wir zu weiteren Sozialisierungsmaßnahmen kommen müssen.

Genosse Barth wandte sich dann den jüngsten Vorkommnissen in den Gewerkschaften zu. Wir müssen uns grundsätzlich auf den Standpunkt stellen und mit aller Entschiedenheit durchfechten, daß **innerhalb der Gewerkschaften die schärfste Disziplin** herrscht. Aus diesem Grunde müsse es mit aller Entschiedenheit verurteilt werden, wenn beispielsweise die Kommunisten eigene Parteiverbandstage abzuhalten gedenken. **Wenn sie eine kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ins Leben rufen wollen, dann müssen sie konsequenterweise aus den Gewerkschaften austreten.** Wollen sie das nicht, dann müssen sie Disziplin halten und keine Gewerkschaft wird in diesem Falle daran denken, Kommunisten auszuschließen. Barth ging dann auf die Einzelfälle der **Firma Loewe** und der **Neuköllner Notstandsarbeiten** ein. Der Vorschlag der Kommunisten, daß die Berliner Arbeiterschaft zugunsten dieser Betriebe einen 24stündigen Proteststreik veranstalten sollen, muß als unsinnig bezeichnet werden. Damit würde man dem Unternehmertum **nur den gewünschten Vorwand geben, den besten Teil der Funktionäre zu entlassen.** Es ist ein nutzloses Vergeuden der Kräfte, wenn für solche Einzelfälle Aktionen unternommen werden. Nur einheitliche Aktionen, die von den berufenen Vertretungen der Arbeiterschaft zielklar geleitet werden für ein groß angelegtes Ziel, könne das deutsche Proletariat retten. Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen folgende **Resolution** zur Annahme:

In Anbetracht der wirtschaftlichen Not, des sozialen Elends und der relativen Schwäche des Proletariats, die in der täglich sich steigernden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, in dem unsäglichen Kinderelend und ungeheuerlichen Massensterben und in der leider vorhandenen Zerrissenheit des Proletariats seinen Ausdruck finden,

beschließt die am 19. Januar 1921 aus Anlaß der Arbeitsdifferenzen im Berliner Wirtschaftsbezirk einberufene Versammlung der Betriebsräte-Obleute, Obleute der Großbetriebe, Gewerkschaftsvorstände, der Gewerkschaftskommission, des Ortskartells der Afa und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale:

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, die Gewerkschaftskommission und die Orts-Afa werden beauftragt, sich sofort mit der Reichs-Betriebsrätezentrale, dem A. D. G. B., der Afa in Verbindung zu setzen, um zu erreichen:

1. Zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiternot, sowie des Kinderelends ist im ganzen Reiche eine einheitliche Agitation zu entfalten, um die Reduzierung der Arbeitszeit bei einer 70prozentigen Entschädigung für die gekürzten Stunden, sowie die Schulspeisung der Kinder der Unbemittelten, in einheitlicher machtvoller Aktion zu erreichen.

2. Darüber hinaus verpflichten die Versammelten die obengenannten Körperschaften, gemeinsam die Propaganda und Agitation für die großen Sozialisierungsaktionen einzuleiten, in denen das Gesamt-Proletariat die Erkenntnis finden muß, daß nur der Sozialismus es vor dem völligen Untergang bewahren kann und in der Aktion selbst jeder Einzelne bereit sein muß, alles, selbst das Leben, mit freudigster Begeisterung zu opfern.

3. Die Versammelten fordern von allen in den Gewerkschaften die Disziplin, welche die politischen Parteien in ihrem Rahmen fordern.

4. Im Falle Loewe und anderer ähnlich gelagerter Fälle bekunden die Versammelten den Kämpfenden ihre Sympathie, fordern jedoch von ihnen, in Gemeinschaft mit ihren Organisationen die Streitfälle zu regeln, um der unter 1 genannten Aktion zu dienen.

5. Im Falle der Notstandsarbeiter beauftragen sie die obengenannten örtlichen Körperschaften, sofort mit dem Magistrat Berlin zu verhandeln.

Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen sollen die Notstandsarbeiter voll beschäftigt bleiben, wobei es als selbstverständlich angesehen wird, daß dann die Neuköllner Notstandsarbeiter sich der von diesen Körperschaften empfohlenen Regelung im Interesse der Forderungen zu 1 fügen.

Der Kommunist **Riedel** hielt die übliche kommunistische Agitationsrede. Auf die zur Verhandlung stehenden Fälle ging er nur wenig ein. Die in der Resolution der Gewerkschaftskommission gemachten Vorschläge gingen ihm nicht weit genug, und er empfahl deshalb eine Resolution, in der verlangt wird, daß die Gewerkschaftskommission den genannten Firmen und dem Reichsarbeitsministerium ein auf drei Tage befristetes Ultimatum unter Androhung eines Generalstreiks stelle und verlange, daß die Forderungen der Arbeiter von Loewe und Autogen erfüllt werden. Im Falle der Ablehnung müsse die Gewerkschaftskommission die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins sofort zu einem allgemeinen Streik aufrufen und diesen bis zur Erreichung des gewünschten Resultats durchführen. Im Falle der Neuköllner Notstandsarbeiten wird verlangt, daß die angekündigten Entlassungen rückgängig zu machen sind.

Der Vertreter der Reichs-Betriebsrätezentrale, Genosse **Robert Dißmann**, trat den Ausführungen Riedels und den in der Resolution der Kommunisten gemachten Vorschlägen entgegen. In einer längeren Rede zeigte er an Hand einzelner Beispiele, wie unsinnig die Forderung sei, einen Generalstreik zu inszenieren. Wenn die deutschen Arbeiterorganisationen zu machtvollen Aktionen aufrufen, dann werden sie es nur für großangelegte Ziele tun können. Das Proletariat müsse mit ganzem Herzen und aus innerster Ueberzeugung sich an solchen Aktionen beteiligen. Er empfehle deshalb im Fall der Firma Loewe, daß es den Organisationen überlassen bleibt, den Streitfall zu Ende zu führen. Dißmann empfahl dann, die oben wiedergegebene Resolution der Gewerkschaftskommission anzunehmen.

Die Betriebsräte von Loewe, **Mehlhose**, und von Autogen, **Doefle**, schilderten in der Diskussion nochmals die der Oeffentlichkeit bereits bekannten Vorkommnisse in ihren Betrieben. Sie forderten namens ihrer Belegschaften, daß die Berliner Gesamtarbeiterschaft für ihre Forderungen eintrete. Wegen der vorgerückten Zeit machte der Vorsitzende Vollmerhaus den Vorschlag, die Versammlung zu vertagen, da der Wirt mitgeteilt habe, daß das Lokal geräumt werden müsse. Da von einem Teil der Versammlungsteilnehmer verlangt wurde, daß sofort über die vorliegenden Resolutionen abgestimmt wird, machte der Vertreter der Afa Guillard darauf aufmerksam, daß auch den Vertretern der Angestellten Gelegenheit gegeben werden müsse, den Standpunkt der Angestellten zu diesen Problemen klarzulegen. Die Versammlung beschloß, die Beschlußfassung auszusetzen und beauftragte die Gewerkschaftskommission, so schnell wie möglich, am besten in den nächsten Tagen, die Fortsetzung stattfinden zu lassen. Vollmerhaus erklärte, dies solle geschehen, sobald ein Saal zur Verfügung stände. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

Seht die Wählerlisten ein!

Im Laufe der nächsten Woche

vom 23. bis zum 30. Januar

werden die von den Behörden aufgestellten Wählerlisten für die preußischen Landtagswahlen öffentlich ausliegen. Es ist die Pflicht jedes Wählers und jeder Wählerin, sich davon zu überzeugen, ob ihre Eintragung in die Listen erfolgt ist. Niemand darf sich darauf verlassen, daß er bei früheren Wahlen in der Liste gestanden hat oder daß er schon so lange an einem Orte wohnt, daß seine Eintragung als selbstverständlich anzusehen sei. Nur die persönliche Einsicht in die Wählerlisten gibt die Gewißheit, daß man am 20. Februar sein Wahlrecht ausüben kann!

Die Weltversorgung mit Getreide

Getreide als Heizmaterial

Die überseeischen Länder hatten ohne Ausnahme im Erntejahr 1919/20 eine ungewöhnlich gute Ernte. Von der Ernte der Vereinigten Staaten z. B. heißt es, sie sei die beste in der Geschichte dieses Landes. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben als Ueberschuß an Europa ungefähr 500 Millionen Bushels (1 Bushel = 36,35 Liter) Weizen und Roggen abzugeben. Kanadas Ueberschuß beträgt 160 bis 200 Millionen Bushels, Australien kann wenigstens 80 Millionen für die Ausfuhr freigeben, Argentiniens Ueberschuß ist 110 bis 120 Millionen Bushels, der Ueberschuß Indiens beläuft sich auf 75 Millionen Bushels.

Die überseeischen Länder haben demnach beinahe 1000 Millionen Bushels von ihren Ueberschüssen abzugeben. Kann Europa ihnen diese Menge abkaufen? Im vorigen Jahre importierte man nach Europa insgesamt 520 Millionen Bushels, nach anderen Berechnungen sogar nur 440 Millionen. Inzwischen ist aber in Europa die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte in vielen Ländern bedeutend erhöht. Das United States Bureau of Markets berechnet die Mehrerzeugung Europas in diesem Jahre mit 454 Millionen Bushels und gibt seiner Befürchtung Ausdruck, daß, wenn in Europa nicht mehr verzehrt wird, es dann überhaupt keiner Getreide-Einfuhr bedürfen wird.

Der Verbrauch des Getreides hängt vielfach von der Vermahlung ab; es ist z. B. ausgerechnet worden, daß, wenn Frankreich bei 70 % Vermahlung 344 Bushels Weizen braucht, bei einer Vermahlung von 80 % aber nur 312 Millionen; wenn noch Roggen oder Maismehl beigemengt wird, dann braucht es nur 272 Millionen Bushels. Da die eigene Weizenproduktion Frankreichs 237 Millionen Bushels ausmacht, so kann es die Einfuhr von Weizen auf 40 Millionen Bushels herunterdrücken. Je höher der nationale Wohlstand, desto weniger ist man auf solche Methoden angewiesen.

Alles hängt also davon ab, ob die europäischen Länder in der Lage sind, das so reichlich vorhandene Getreide abzukaufen. Wenn auch Preisrückgänge erfolgen werden, kann ein Land wie Deutschland, sogar aber Italien, die notwendigen Mengen nicht kaufen, solange sich seine finanziellen und Valuta-Verhältnisse nicht bessern.

Die überseeischen Landwirte bieten selbstverständlich alles auf, um den zu gewärtigenden Preisrückgang hintanzuhalten. Es besteht eine förmliche Sabotage der Landwirte mit wichtigen Folgeerscheinungen für das ganze Wirtschaftsleben. In den Vereinigten Staaten von Amerika verwendet man vielfach das Getreide als Heizmaterial. Ein amerikanisches Blatt (American Nation, 1. Dezember 1920) berechnet, daß die Farmer im Lande Dakota 22 Dollar für die Tonne schlechte Kohle bezahlen müssen, während sie für die Tonne Getreide nur 21,50 Dollar bekommen. Der Heizwert der beiden Materialien ist einander gleichgesetzt. Dieses Blatt bemerkt dazu, daß die Praxis der Verwendung von Getreide für Heizzwecke einmal im Jahre 1909 in den Gebieten westlich des Mississippi allgemeiner Gebrauch gewesen ist. — Also der deutsche Arbeiter hat keinen Grund zu befürchten, daß er das Brot in Ueberfluß haben wird, dafür sorgen schon die lediglich von ihrem Profitinteresse geleiteten Landwirte und Kapitalisten.

Frankreichs Hilfe für Oesterreich. Wie die Wiener Politische Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, wird die französische Regierung, die von der unbedingten Notwendigkeit einer Kreditgewährung an Oesterreich durchaus überzeugt sei, beim Zusammentreten des Obersten Rates am 24. Januar baldigste Beschlußfassung über die Sicherung der Lebensfähigkeit Oesterreichs und über die Kreditgewährung verlangen.

Aus der Partei

Annektiert und — gestorben

Bei der Parteispaltung ist es den Kommunisten gelungen, das Parteiblatt der USP. in Hannover an sich zu reißen. In den neuen Händen hat das Blatt rasch das Zeitliche gesegnet. Es ist mit Jahresschluß eingegangen.

Bezirkstag der U. S. P. für Halle-Merseburg

Im Halleschen Bezirk, der Hochburg der Kommunisten, fand am letzten Sonntag die erste Konferenz unserer Partei nach der Spaltung statt, die den Beweis erbrachte, daß auch hier trotz allen Terrors in den Betrieben der gesunde Sinn der klassenbewußten Arbeiter sich wieder durchzuringen beginnt. Wie der Bezirkssekretär Genosse Peters berichtete, sind die Grundlagen der Organisation wieder gefestigt, so daß wir heute schon 25 000 Mitglieder in den 8 Wahlkreisen unseres Bezirks mustern können. Von drei vor der Spaltung im Bezirk bestehenden Parteizeitungen ist nur eine, der „Zeitzer Volksbote", in unserm Besitz geblieben, das „Hallesche Volksblatt" und die „Mansfelder Volkszeitung" sind zu den Kommunisten übergegangen. Die am 1. Januar ins Leben getretene „Hallesche Volkszeitung" mit der bewährten Redaktion Hennig-Bock, die dem ehemaligen „Volksblatt" zu seinem guten Ruf verholfen hat, hat im Bezirk sehr gute Aufnahme gefunden. Leider sind noch eine Reihe technischer Schwierigkeiten zu überwinden, da das Blatt in derselben Druckerei wie das neue Organ der Kommunisten hergestellt wird. Genosse Kunert, der langjährige Abgeordnete für Halle, begrüßte die Delegierten und beglückwünschte sie, daß es ihnen gelungen ist, der kommunistischen Flut in unserm Bezirk einen Wall entgegenzusetzen. Genosse Hennig hielt ein instruktives Referat über die bevorstehenden Preußenwahlen, das wegen seines reichen Materials im Druck erscheinen soll. Als Landtagskandidaten wurden folgende Genossen nominiert: Kunert, Christange, Heinzelmann (Bergarbeiter), Saupe (Landarbeiter), Franzke, Genossin Hübler, Ernst, Hennig, Kasparek, Frenzel, Wentschek, Geitel, Raute; für die Landesliste Genossin Marie Kunert.

Warnung

Vom Magdeburger Bezirk der U. S. P. wird vor einem gewissen Robert Blau gewarnt, der mit einem Mitgliedsbuch unseres Partei ausgestattet, die Mitgliedschaften brandschatzen gehe. Wir übergeben diese Warnung hiermit der Oeffentlichkeit, wie wir überhaupt darauf verweisen, daß bei Unterstützungsgesuchen angesichts der vielen betrügerischen Vorgehen unlauterer Elemente mit größter Vorsicht verfahren werden möge.

Zwangseinquartierung und Bautätigkeit zusammen können allein helfen! Die Zwangseinquartierung kann sinngemäß und gerecht nur mit Hilfe der Gewerkschafts- und Mieterorganisation durchgeführt werden.

Wilhelm Morgner-Ausstellung

Der Nachlaß eines Gefallenen

Seit den Kämpfen um Langemarck 1917 wird der junge Wilhelm Morgner vermißt. Hoffnung auf seine Wiederkehr ist nach vier Jahren vergeblich. Die Ausstellung seines Nachlasses im Graphischen Kabinett (Kurfürstendamm 232, unentgeltlich geöffnet bis 7 Uhr abends) beweist, daß wir mit Wilhelm Morgner eine ganz seltene Begabung verloren haben, beweist es, trotzdem das Ausgestellte nur ein kleiner Bruchteil des malerischen Werkes ist und obwohl das graphische Werk völlig fehlt. Dieses soll in einer zweiten Ausstellung gezeigt werden und wird die Größe dieses Künstlers erst ganz deutlich machen.

Morgner, in Soest in Westfalen geboren, war 26 Jahre alt, als er fiel. Im Oktober 1913 hatte er seine aktive Militärzeit begonnen. Am ersten Kriegstage schon kam er in das Feld. Das bedeutet, daß sein malerisches Werk das eines 22jährigen ist. Denn nach dem Oktober 13 entstanden nur noch Zeichnungen in Feder, Kohle und Pastell, freilich in unerhörter Fülle und von einer zeichnerischen Meisterschaft, die unvergleichlich ist.

Die hier getroffene Auswahl der Gemälde, für die wir Georg Tappert, dem Lehrer und Freunde Morgners, zu Dank verpflichtet sind, legt den Nachdruck auf die letzten Arbeiten, was wohl bei dieser ersten und im Raum beschränkten Ausstellung auch das Richtige war. Es muß aber betont werden, daß sich der Künstler Morgner nach diesen Bildern allein noch nicht beurteilen läßt — auch nicht der Maler Morgner.

Man brauchte von der Jugend des Malers und von der inzwischen verflossenen Zeit nichts zu wissen, um von den Bildern, die frisch und jugendlich wie am Tage ihrer Entstehung leuchten, im tiefsten gepackt zu werden. Wenn man es aber weiß, daß 10 Jahre vergangen sind und daß der Schöpfer ein Jüngling von rund 20 Jahren gewesen ist, glaubt man vor einem Wunder zu stehen.

Ich denke, daß in der so völlig unakademischen, ganz aus dem Erd- und Weltgefühl geborenen Kunst dieses unerhört kraftvollen, dieses unraffiniertesten aller Maler viele Züge enthalten sind, die gerade dem Proletarier nahe sind. Mögen recht viele unserer Leser die Ausstellung besuchen.

Ein inbrünstiges hymnisches Lied auf die Erde ist das Werk Wilhelm Morgners — von einer feurigen Gewalt der Liebe wie weniges. Seine Ahnen und Verwandten sind Millet, van Gogh und auch Segantini. Den „Einzug in Jerusalem" sollte sich die National-Galerie nicht entgehen lassen. Warum müssen erst 10 Jahre verstreichen, ehe die Galerie den Morgner-Raum einrichtet, der mit Notwendigkeit doch kommen wird: Nur um die Bilder dann zehnmal teurer zu bezahlen? Ich erinnere an Franz Marc, an August Macke und andere „Fälle". Es wäre ja auch irreführend, Geschmackswerte wie Nauen, Pechstein, Moll e tutti quanti zu sammeln und das Elementare, das allerdings wie ein Sturm dazwischen fahren würde, fernzuhalten. Wenn das Elementare, das Jugendliche in einer Galerie „stört", so spricht das durchaus nicht für diese Galerie.

Adolf Behne

Unser neuer Roman. Wir beginnen morgen mit der Veröffentlichung einer neuen Erzählung, die sicher den Beifall unserer Leser und Leserinnen finden wird, umsomehr sie durch eine berühmte Oper weit bekannt geworden ist. Es ist die Erzählung „Carmen", die zu den schönsten Werken der Erzählungskunst gehört und durch die allein ihr Dichter Prosper Mérimée den größten Meistern der französischen Literatur beizuzählen ist.

Da in der Novelle der Gang der Handlung ganz anders ist als in der bekannten Oper von Bizet, werden auch diejenigen, die die Oper kennen, diese glühende Liebesgeschichte, die in Spanien spielt, mit Interesse lesen.

Die Erzählung „Ismer" von Julius Levin ist als Buch unter dem Titel „Wehrmann Ismer" im Verlag Ernst Rowohlt erschienen und durch die Buchhandlung der „Freiheit" zu beziehen.

Die Volksbühnenbewegung. In Dresden wurde die Gründung eines Volksbühnenvereins beschlossen. An der Vorbesprechung nahmen auch Vertreter der Regierung teil.

In Leipzig ist nach dem Vorbild des Berliner Proletarischen Theaters ein gleiches Unternehmen „Die proletarische Tribüne" gegründet worden, die im Leipziger Schauspielhaus nur vor Arbeitern spielt.

Tages-Notizen

Volkshochschule Groß-Berlin. Heute abend beginnt im Institut f. Meereskunde, Georgenstr. 34-36, der Vortrag Antike Kunstgeschichte von Dr. A. Scharff. — Kurse über Gemeinschaftskunde von Dr. Krieche finden statt: Schöneberg, Montag 7½ Uhr, 24. 1. bis 21. 2., Kolonnenstraße 22; Steglitz, Dienstag 7 Uhr, 8. 2. bis 29. 3., Gymnasium Hedwigstraße; Lichterfelde, Donnerstag 8 Uhr, 20. 1. bis 10. 3., Schillergymnasium.

Veranstaltungen von Neukölln. Einen heiteren Abend veranstaltet das Volksbildungsamt am Sonntag, 7 Uhr, in der Aula, Boddinstr. 34-39. Der Rezitator Otto Wiemer wird Proben seiner humoristischen und dialektischen Vortragskunst geben. Eintrittskarten 2 M. bei den durch Säulenanschlag bekanntgegebenen Verkaufsstellen und im Rathaus, Zimmer 218.

Mittagsveranstaltungen im Staatlichen Schauspielhaus. Sonntag 11 Uhr: Die Russen. Einleitender Vortrag, hierauf Dichtungen von Puschkin, Gogol, Turgenjew, Tolstoi, Dostojewski und russische Volkslieder mit Klavierbegleitung.

Kollegiale Schulverfassung und Moderne Dienstanweisung behandelt eine Kundgebung, die am 22. Jan., 5 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13, stattfinden wird. Redner: Dr. Lorenz, Lehrer Kurth, Lehrer Kölling, Prof. Oesterreich.

Ueber die Entwicklung der Religion spricht Genosse Krieche im Lyzeum Stegtig, Rothenburgstraße, Freitag, 7½ Uhr, auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft des sozialistischen Elternbeirats des 13. Verwaltungsbezirks. Karten für 6 Abende 5 M. Freunde und Genossen willkommen.

Groß-Berlin

Proletarierelend und bürgerliche Hilfe

Wie eine Sensationsausstellung lockt das unglaubliche Elend der Proletarierfamilien im Norden und Osten Berlins bürgerliche Journalisten an, die dann in den bürgerlichen Organen lange realistische Schilderungen über das geschaute Elend veröffentlichen. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß menschenfreundliche Leute dabei sind, die bei den entsetzlichen Zuständen Mitleid empfinden und auf ihre Weise helfen möchten. Aber das Entscheidende an all diesen bürgerlichen Artikeln ist:

Nicht einmal angesichts der unbeschreiblichen Not erkennt das Bürgertum dem Proletariat das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein zu, sondern glaubt seine Lage durch vorübergehende Almosengewährung bessern zu können, ohne zu bedenken, daß durch noch so menschenfreundliche Spenden an der Klassenlage der Arbeiterschaft im Prinzip nichts geändert ist. Und das Bürgertum schätzt eben aus Unkenntnis des proletarischen Empfindens diese leidenden Menschen falsch ein, wenn es glaubt, daß diese durch Almosen glücklich gemacht werden, die einige Zeit vielleicht lindern und dann, da ja durch sie die Ursachen dieses Massenelends nicht beseitigt werden, die Proletarier um so sicherer ins Elend zurücksinken lassen. Deshalb ist eine endgültige Beseitigung dieser Zustände, die die Wirkung der heutigen Gesellschaftsordnung sind, erst möglich, wenn die Ursache beseitigt ist.

Solange das aber noch nicht geschehen ist, müssen allerdings auch alle anderen Mittel erschöpft werden. Und da muß man bei dem Thema Wohnungsnot daran denken, wie schreiend ungerecht die vorhandenen Wohnräume verteilt sind! Im „Berliner Tageblatt" von heut morgen steht zu lesen:

„Da durchschreiten wir zwei Höfe, die eng wie Fabrikschlote hinausragen, und steigen in einem dunklen Winkel zu einem Kellerloch hinab. Wir ertasten in der Finsternis eine Tür und klopfen. Kinderstimmen fragen, wer da sei. Die Schwester nennt ihren Namen, aber von innen kommt es zurück, die Mutter sei fortgegangen und habe sie, die Kinder, eingeschlossen. Während wir noch mit einer Nachbarin verhandeln, kehrt die Mutter zurück und öffnet die Tür zu der Höhle. Die ist ganz finster, denn der obere Teil der Fenster, der über die ebene Erde des Hofes sich erhebt, ist mit Packpapier vernagelt, damit abends, wenn ein spärliches Petroleumflämmchen den Raum etwas erhellt, die Vorübergehenden nicht hineinschauen können. Nur die Nase nimmt einen atemraubenden Dunst wahr. Als die Augen sich an die Dunkelheit gewöhnt haben, sieht man in der Mitte einen Tisch, der nachts zwei Kindern als Lagerstätte dient, einen einzigen Stuhl, auf dem die Mutter die Nacht verbringt, und zwei Bettkästen, in denen vier andere kleine Kinder schlafen. Kein weiteres Möbelstück befindet sich in dem Raum, und hier verleben sechs Kinder ihre Jugend! Unterhaltung verschaffen ihnen die Ratten, die auch am Tage über den Tisch und die Betten hin- und herjagen."

Dieser Schilderung stelle man gegenüber eine Tatsache, die uns ein vertriebener Beamter von seiner Wohnungssuche mitteilt:

„Am Halleschen Ufer 28 wohnt eine Frau v. Arnim mit einer Dienerin ganz allein in einer Wohnung von acht Zimmern, wovon sich drei, die einen besonderen Eingang haben, sehr gut abtrennen ließen! Frau v. Arnim weist aber brüsk jeden ab, der diesen Gedanken ihr nahezulegen versucht."

Schon aus der Gegenüberstellung dieser beiden Tatsachen läßt sich folgern, daß in der Bekämpfung der wichtigsten Ursache zu der entsetzlichen Verbreitung der Tuberkulose, nämlich der Wohnungsnot, selbst bei der geringen Zahl der vorhandenen Wohnungen schon sehr viel getan werden kann. Eine durchgreifende rücksichtslose Aufnahme aller verfügbaren Räume und eine entsprechende Verteilung wird in dieser Beziehung viel wirksamere Hilfe bedeuten als alle noch so gutgemeinten Almosenspenden!

Unterernährung als Erziehungsmittel

Der Arbeitslosenrat Schöneberg schreibt uns: In § 10 des Statuts der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlins findet sich die Bestimmung, daß bei unentschuldigter Versäumnis des Fortbildungsschulunterrichts sowie bei „unangemessenem Verhalten" während der Unterrichtsstunden den Fortbildungsschülern die Unterstützung ganz oder teilweise entzogen werden kann. Diese ungeheuerliche Bestimmung wurde im Februar 1919 getroffen. Immerhin erschien sie als sogenannte Kann-Vorschrift, von der man annehmen durfte, daß sie keine praktische Verwendung finden würde. Der Hauptausschuß für Erwerbslosenfürsorge aber machte aus ihr bald eine Muß-Vorschrift, indem er die einzelnen Fürsorgestellen verwies, in entsprechenden Fällen den jugendlichen Sündern die Unterstützung zu entziehen, und zwar auf 6 Tage. Eine besonders schlagende Illustration erfuhr diese Praxis in Schöneberg in folgendem Fall. Ein Fortbildungsschüler versäumte bestimmte Anmeldeformalitäten zum Unterricht, erschien aus diesem Grunde beim Unterricht 2 Stunden zu spät und wurde vom Lehrer zur Strafe auf einen Tag der Schule verwiesen. Sofort machte die Fürsorgestelle Schöneberg aus dieser vom Lehrer verhängten Strafe ein schuldhaftes Versäumnis des Schülers und entzog dem Jungen auf 6 Tage die Erwerbslosenunterstützung. Der jugendliche Arbeiter war buchstäblich dem Hunger preisgegeben. Am 4. Tage der Hungerstrafzeit nahmen sich mitleidige Arbeiter seiner an. Festgestellt ist, daß es sich nicht um einen vereinzelten Fall handelt, sondern, daß diese Praxis der Hungerstrafe ganz allgemein und sehr ausgiebig angewendet wird. Sind die Leute, die die Verantwortung für diese Dinge tragen, sich nicht der Wirkung ihrer Tat bewußt, wenn einem im Wachstum stehenden Jugendlichen die nötigste Nahrung strafweise entzogen wird? Aber es handelt sich ja um Proletarierjugend!

Die Entrichtung laufender Steuern. Der Magistrat gibt bekannt: „Für den Bereich der neuen Stadtgemeinde Berlin hat der Magistrat angeordnet, daß bei allen laufend zu entrichtenden Steuern an Stelle der Mahnung durch Mahnzettel die öffentliche Aufforderung zur Zahlung erfolgt. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so wird ohne weitere Erinnerung zur zwangsweisen Beitreibung geschritten. Da die Kasseneinrichtungen in den zusammengeschlossenen Gemeinden noch nicht überall einheitlich gestaltet sind, kann das Verfahren noch nicht überall gleichmäßig angewendet werden. In den Gemeinden, in denen die Mahnung bisher durch Mahnzettel erfolgte, wird die Einführung der öffentlichen Mahnung durch die örtlichen Bekanntmachungen der Steuerbehörde bekanntgegeben werden. Für den Bereich der alten Stadtgemeinde Berlin wird die öffentliche Mahnung sogleich zur Anwendung kommen. — Soweit die Angestellten und Arbeiter als Steuerzahler in Frage kommen, so erfolgt der Abzug vom Lohn oder Gehalt. Die übrigen Steuerzahler müssen die Steuern bringen. Früher bestand das Holsystem, daß durch Anordnung in das Bringsystem umgewandelt worden ist. Daran ist der Magistrat schuldlos. Daß bei der zwangsweisen Einziehung auf die soziale Lage der Steuerzahler Rücksicht genommen wird, muß erwartet werden. Die besser Situierten, die mit der Androhung zwangsweiser Einziehung vornehmlich getroffen werden sollen, können ihre Steuern rechtzeitig bezahlen, da die Arbeiter und Angestellten das auch müssen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Zeitweise mild, etwas aufklarend, jedoch überwiegend trübe und etwas neblig mit geringen Niederschlägen und frischen, westlichen Winden.

Verwaltungsbezirk 19. Am Sonnabend, den 22. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet in Pankow, Rathaus, eine Fraktionssitzung mit den Vorsitzenden der einzelnen Orte statt.

Gewerkschaftliches

Die Aufgaben des Afabundes

Mit diesem Thema veranstaltet das hiesige Ortskartell des Afabundes Freitag, den 21. d. M., abends 7 Uhr, im Schultheiß-Ausschank, Hasenheide Nr. 29-31, eine Versammlung der in Afa-Verbänden organisierten Funktionäre, Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsobleute. Es soll hierbei auch auf die in der letzten Zeit in den Zeitungen behandelten besonderen Vorgängen innerhalb des Afabundes eingegangen werden. Die Lösung der Aufgaben des Afabundes hängt natürlich völlig von der Festigung seiner Einzelverbände und von deren Verhältnis zueinander wie zur Zentrale ab. Da am 22. Januar die große Vertreterkonferenz des Afabundes hier in Berlin beginnt, werden die in dieser Versammlung zu fassenden Beschlüsse von besonderer Bedeutung auch für die Entscheidungen dieser Konferenz wie auch darüber hinaus für die Weiterarbeit des Afabundes sein. Es ist deshalb Pflicht aller Funktionäre und aller Mitglieder von Betriebsvertretungen, die in Afaverbänden organisiert sind, an dieser Versammlung teilzunehmen. Einzelmitglieder, die nicht Funktionäre sind, aber Interesse an dieser Versammlung haben, finden gegen Vorweis ihres Mitgliedsbuches gleichfalls Einlaß. Der Vorstand des Afabundes, sowie alle Ortsverwaltungen der Afaverbände sind zu dieser Versammlung eingeladen worden, so daß diese Versammlung bestimmt zu einer Klärung innerhalb der Afa-Mitgliedschaften Groß-Berlins beitragen dürfte.

Nehmen ist seliger denn Geben!

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Für die Filialleiterinnen der 6 Tochtergesellschaften der Firma Hermann Meyer u. Co. und für die Angestellten der Firma Hugo Beling bestand ein Haustarif, der Ende Dezember abgelaufen ist. Für die Angestellten der Firma Ignatz Sello war ebenfalls ein Tarifvertrag getätigt, die Erneuerung dieses Vertrages ist auf besondere Schwierigkeiten nicht gestoßen. Die Firma Ignatz Sello hat einigermaßen soziales Verständnis gezeigt, infolgedessen sieht der neue Vertrag Erhöhungen der Grundgehälter um 70 Mark monatlich vor. Trotzdem die im Verhältnis zu den Meyer-Gesellschaften kleine Firma Sello die neuen Gehälter zahlen kann, erklären diese Firmen, daß sie die Gehälter nur um zirka 25 Mark monatlich erhöhen könnten, und das nur unter der Voraussetzung, daß man dann 50—60 Geschäfte von den bestehenden schließen müßte. Man hat sogar diese 50—60 Geschäfte den Angestellten zum Kauf angeboten. Zuerst hatte man nur 10—15 Mark Gehaltsaufbesserung vorgeschlagen. Die Firma Beling hatte bei den Verhandlungen erklärt, daß ihre Angestellten zufrieden seien und keine Forderungen aufgestellt hätten. Das alles trifft natürlich nicht zu, im Gegenteil die Angestellten von Beling fordern noch mehr, als für die 6 Gesellschaften der Firma Meyer aufgestellt worden ist. Als Grund für diese geringen Angebote wird natürlich der zurzeit schlechte Geschäftsgang ins Feld geführt. Es ist jedoch ganz selbstverständlich, daß nach den guten Weihnachtsgeschäften auch in dieser Branche stets im Januar ein Rückschlag eintrifft. Die Firmen sind durchaus in der Lage, die Gehälter bedeutend zu erhöhen. Wenn das lesende Publikum hören würde, was für Umsätze in den 500 Geschäften am Silvestertage allein zu verzeichnen waren, würde es für das Angebot von 25 Mark monatlich keine Worte finden oder solche, die für die Arbeitgeber nicht sehr schmeichelhaft sein würden. Die Angestellten haben uns beauftragt, sofort den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dem Publikum werden horrende Preise abverlangt, die Angestellten, die sich für den Verkauf dieser Waren bemühen sollen, sollen wieder mit Hungerlöhnen abgespeist werden. Was von kleineren Firmen geleistet werden kann, dürfte auch bei einigermaßen gutem Willen den großen Firmen durchaus möglich sein. Aber an diesem guten Willen scheint es zu fehlen, die Angestellten werden hieraus die nötige Lehre ziehen.

Kommunale Betriebsräte! Am Freitag nachmittag 5 Uhr Vollversammlung aller kommunalen Betriebsräte in der Stadthalle, Stadthaus. Auf der Tagesordnung steht: „Die Neuwahl der Betriebsräte und deren Zusammenfassung." Der Gesamtbetriebsrat. gez. Dettmer. gez. Burkert.

Wäschereiverband Berlin. Der Streik in den Berliner Dampfwäschereien ist nach einwöchiger Dauer beendet. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses wurde beiseite gelassen und in freier Vereinbarung gegenseitige Verständigung erzielt. Die Arbeit ist heute wieder aufgenommen worden.

Aus den Organisationen

7. Distrikt, 1. Abt. Extrazahlabend am Sonnabend abend 7 Uhr bei Mittelmann, Hohlerstr. 8.

8. Distrikt. **Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission.** Freitag abend 7 Uhr Sitzung bei Reitschlag, Schreinerstr. 18.

16. Distrikt, 1. Abt. Die Empfangnahme der Ausweise sowie Abrechnung findet am Freitag in der Distriktskonferenz statt bei Büttner, Schwedter Str. 23.

Charlottenburg, 14. und 15. Distrikt. Heute abend 7 Uhr gemeinsame Sitzung der Bildungskommission im Rathaus, Zimmer 304.

Weiß. U. S. P.-Elternbeiräte. Freitag abend ½8 Uhr bei Schröder, Chausseestraße 56, Vollversammlung aller Elternbeiräte und Kandidaten. Reorganisation der U. S. P.-Elternbeiräte über Groß-Berlin.

Mariendorf. Heute abend 7½ Uhr in der Aula des Gymnasiums Kaiserstr. 21 öffentliche Wählerversammlung. Statt des Genossen Breitscheid spricht Reichstagsabgeordneter Gen. Horn-Stettin zur Landtagswahl, über Wohnungs- und Ernährungsfragen, sowie über Produktionsabgabe.

U. S. P. D.-Lehrer. Sonnabend, 22. Januar, nachm. 5 Uhr, Sitzung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, Hof links, part. (Bibliothek).

U. S. P. D.-Elternbeiräte des 6., 9., 10., 12. und 13. Distrikts (4. Verwaltungsbezirk), auch solcher, die als nachfolgende auf der Liste standen. Sonnabend, den 22. Januar, abends 7 Uhr, findet eine wichtige Konferenz statt in der Aula Senefelderstr. 6. Tagesordnung: 1. Zusammenschluß der Elternbeiräte in den Verwaltungsbezirken; 2. Wahl des Bezirksvorstandes.

Vereinskalender

Arbeiter-Schachklub Berlin. Im Lokal Großmann, Weberstr. 21a, neue Abteilung. Spieltag jeden Freitag 7 Uhr.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Freitag abend 7½ Uhr Versammlung der Hoch- und Tiefbautechniker im Nordischen Hof, Invalidenstr. 126.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kemeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Schriften über Sozialisierung

*

Dr. Rudolf Hilferding
Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen
3.— Mark

Karl Kautsky
Was ist Sozialisierung?
2. erweit. Auflage / 1.50 Mark

Karl Korsch
Was ist Sozialisierung?
Mit Anhang / 1.50 Mark

Emil Barth
Sozialisierung ihre Notwendigkeit — ihre Möglichkeit
3.— Mark

Der Kampf um die Sozialisierung
Grundsätzliches und Materialien
2.— Mark

*

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C2, Breite Straße 8—9
Organisationen / Gewerkschaften Preisermäßigung

Genossen werbt für die Freiheit

Karbid kg 4.25 M.
Große Auswahl in
Karbid-Lampen
von 2.50 M. an. Gebrauchte
Fahrräder
mit Gummi von 100.— M. an
Makowski & Zerbst
Danziger Straße 75

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Bar- od. Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung.
Bürgl. Wohnungseinrichtgn.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

Zur bevorstehenden Landtagswahl
erschienen soeben:
Die
Verfassung des Freistaates Preußen
Preis 2,00 Mark
*
Wahlgesetz zum Preußischen Landtag, Provinzial-Landtags- und Kreistags-Wahlgesetz
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C2 / Breite Straße 8-9

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893. Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1893.

Wer mit seinem Kautabak nicht zufrieden ist, mache einen Versuch mit dem seit vielen Jahren eingeführten
Kapitän-Kautabak.
Diese Sorte wird nur aus reinem amerik. Kentucky-Tabak hergestellt, daher der vorzügliche Geschmack. Kapitän-Kautabak (Rollen, Schleifen) muß den Zettel enthalten: Kapitän-Kautabak gesetzlich geschützt, sonst weise man ihn als nicht echt zurück. — Neue Verkaufsstellen werden eingerichtet und auf Anfrage gern mitgeteilt: Generalvertrieb: Carl Rücker, Berlin, Lichtenberger Straße 22. • Fernsprecher: Königstadt 3861.

Ein Arzt schreibt
über die Schrift „Der kleine Samariter" (Preis 1.50 Mk.)
„Diese Zusammenstellung ist tatsächlich ausgezeichnet. Ich glaube, daß diese kleine Schrift manches Gute bewirken wird. Ich kann die Verbreitung derselben empfehlen."
„Der kleine Samariter"
ist ein unentbehrliches Taschenbuch für jedermann
Gegen Einsendung von 1.50 M. zu beziehen von der
Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Abt. Buchhandlung
Berlin C. 2., Breite Str. 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit".

Annahme in allen Speditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gardinen in jeder Breite, garantiert beste Qualitäten, Fenster 24, 36, 50 Mark und aufwärts. Hochelegante Künstlergardinen (weiß, bunt, creme), Fenster dreiteilig, 38, 58, 75 Mark und aufwärts. Halbstores, Langstores, Tülldettdecken 58 an. Leinenportieren, Gardinenstoffe äußerst billig.— Brautleute erhalten passendes Geschenk. „Gelegenheitskäufe", Wiznitzer, Wichertstr. 73, 1 Treppe (kein Laden), am Ringbahnhof Schönhauser Allee. Fahrtvergütung.

Gehrock- u. Frackanzüge, Smokinganzüge, Cutawayanzüge, Jackettanzüge, Ulsterpaletots aller Art, Hosen aus besten Friedensstoffen, Maßverarbeitung, teilweise wenig getragen, verkauft sehr preiswert Schnapek, Skalitzer Straße 128, Nähe Kottbuser Tor (Hausnummer achten). Gesellschaftsanzüge werden verliehen.

Meyers Konversationslexikon, 6. (letzte) Auflage in 22 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Möbel

Chaiselongues 200.— bis 375.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 100.—. Walter, Stargarder Straße 18.

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, komplette Wohnungs-Einrichtungen, auch einzelne Möbelstücke, Büfetts, Schreibtische kauft Drimmer, Brunnenstraße 23 oder Elsasser Str. 37. Anruf Humboldt 709.

Möbelkredit an jedermann bei kleiner An- und Abzahlung. Großes Lager in einzelnen Möbeln und farbigen Küchen. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Gustav Görlich, Stralauer Platz 1-2, Ecke Fruchtstraße u. Schlesischer Bahnhof.

Schlafzimmer, eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebraucht, Küchen 575.—, prima Emaillelack. Zahlungserleichterung. Andreasstraße/Badstraße 31.

Küchen, moderne, mit und ohne Aufsätze, lackiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 3000.—, weiße Schlafzimmer Weicke, Augustst. 32a, Hof.

Möbel, gebrauchte und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten.

Kaufgesuche

Schallplatten Kilo 18.—, kauft, Plattenumtausch, Köpenicker Straße 183a.

Ankauft, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 166.

Werkzeuge u. Maschinen

Preis je den Posten Spiralbohrer Schmirgelleinewand Müller, Neue Königstraße 33 Alexanderplatz

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Maschinenschrauben und **Altmetalle** kauft Wolmannstraße 22.

Elektrischer Einkauf. Draht, Kabel, Litzen, Motoren, Glühlampen, sowie alle Installationswaren. Einkaufszentrale Franstraße 32 (Moabit 6264).

Dynamo und Spulendrähte kauft Elektrobureau Lange Straße 271 (Alexander 2030).

Glühlampen, Spulendrähte kauft laufend Stork, Brückenstraße 12. Telephon Moritzpl. 117

Mietgesuche

Jüngerer Abonnent, sucht möbl. Zimmer.

Verschiedenes

Leinenkragen verkleinert Baum, Reichenberger Str. 7.

Elternbeiräte! Wegweiser für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Krause-Löwenstein, „Der Elternbeirat" (2,25 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.